

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Warschau, 15. Mai. An Stelle des Grafen Keller, der eine anderweitige Bestimmung erhalten hat, ist der Staatsrath Ostrowski zum Director der Commission des Innern ernannt worden.

Paris, 15. Mai. Der heutige „Moniteur“ enthält nähere Nachrichten aus Puebla. Das Fort St. Januarius war am 29. März erobert worden; in der Nacht vom 31. März und am 1. April waren eine Menge Häuser, darunter das Kloster der Guadalepiten, und am 3. April eine weitere Anzahl von Häusern genommen worden; und man war im Begriff die Kathedrale, einen hervorragenden Punkt von Puebla, zu nehmen und man glaubte nicht, daß die Belagerungsoperationen noch lange dauern würden. Am 3. April waren in Puebla noch 2 Millionen Patronen und in Vera-Cruz 6 Millionen vorhanden. Von den für die Artillerie vorhandenen 36,000 Schüssen waren erst 4000 abgefeuert worden. Neue Munitionstransporte sind unterwegs und dürften im Laufe des April in Puebla eintreffen. Die vierte Sendung von vier gezogenen Geschützen sollte am 1. Mai in Puebla ankommen. 300 Fässer Pulver und Artilleriemunition sind am 30. April von Martinique abgegangen. Man ist demnach, so lange die Operationen dauern können, mit Munition wie mit Lebensmitteln reichlich versehen. Der Gesundheitszustand ist vortreflich. Die Franzosen verloren vor Puebla an Geisdeten 5 Offiziere, darunter den commandirenden General der Artillerie und 56 Soldaten, an Verwundeten 20 Offiziere und 445 Soldaten.

Lemberg, 14. Mai. In Schmetz in Bolyhnen stehen Insurgenten es hat ein Kampf stattgefunden. Einige Verwundete wurden nach Baraz in Galizien gebracht. Der Ausbruch des allgemeinen Aufstandes in Bolyhnen wird erwartet und ist vorbereitet.

Zu Subar publicirten die Insurgenten revolutionäre Proklamationen, nahmen den Stanomow-Bristaw gefangen, und zogen angeblich gegen Wroptol.

Die „Gazeta Narodowa“ behauptet, Jezioranski habe sein Corps mit getheilt, und es habe dasselbe größtentheils glücklich die janower Wälder erreicht, nur eine kleinere Abtheilung sei nach Galizien gedrängt worden.

Turin, 13. Mai, Abends. In der heutigen Senatsitzung kündigte Desforella eine Interpellation über die Verhaftungen englischer Parlamentarier in Betreff Italiens an. Die Discussion ist auf nächsten Freitag festgesetzt.

In der Deputirtenkammer erklärte Massari die Behauptung des Lord Lennox, welcher die Gefangnisse Neapels mit einem italienischen Deputirten bejucht zu haben erklärte, für falsch.

Stampa erklärt, die von der Wiener „Presse“ gebrachte Nachricht über Verhandlungen zwischen Wien und Turin zum Behufe der Auflösung der ungarischen Legion entbehre jeder Begründung.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

44. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (15. Mai.)

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Die Tribünen sind dicht gefüllt. Am Ministerisch befindet sich Niemand. Der Präsident zeigt den Eintritt des Abg. Dr. Beyerhoffen an, der für den heutigen Wahlkreis neu gewählt ist (an Stelle des Abg. Reide). Auf Vorschlag des Präsidenten werden die bereits gedruckten Anträge des Abg. Birchow (Entwurf einer Adresse) und des Abg. Dr. Gneist (auf Bildung einer Adresscommission gerichtet) einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Auf der Tagesordnung befinden sich 1) der Bericht der Geschäftsordnungscommission, betreffend das in Gemäßheit des Beschlusses des Hauses vom 12. Mai 1863 ihr überwiesene Schreiben des königl. Staatsministeriums vom 11. d. M. (Abweisung der ferneren Theilnahme an den Beratungen des Abgeordneten-Hauses). 2) Fortsetzung der Militärdebatte.

Vor Eintritt in den 1. Gegenstand der Tagesordnung theilt der Präsident mit, daß er der Eigenthümlichkeit des besonderen Falles wegen, ein Schreiben an das Staatsministerium gerichtet, und verliest dasselbe. Er hat darin das Staatsministerium von der auf heute anberaumten Sitzung unter Theilnahme der obigen Tagesordnung in Kenntniß gesetzt und daß auf die Theilnahme an den Beratungen eingeladen. Der vom Präsidenten ferner verlesene Inhalt der Antwort des Ministerpräsidenten geht dahin, daß das Ministerium bei dem in seinem Schreiben vom 11. Mai d. J. enthaltenen Ausdrücken beharrt und vor Anerkennung des in demselben beanspruchten Rechtes sich der Theilnahme an den Beratungen enthalten zu wollen erklärt.

Man geht hierauf zur Tagesordnung über.

Der Referent Abg. Wachsmuth giebt Mittheilung von einem Schreiben des Ministerpräsidenten, das dem Vorsitzenden der Geschäftsordnungscommission auf die Benachrichtigung von der Feststellung des vorliegenden Commissionsberichts zugegangen ist. Dieses Schreiben, welches bedauert, die Benachrichtigung nicht zur Kenntniß des Staatsministeriums, wegen mangelnder Zeit, bringen zu können, ist bereits durch die Zeitungen bekannt geworden. Der Referent bittet, die Frage rein sachlich zu behandeln und dieselbe Einstimmigkeit zu zeigen, welche in der Commission hervorgetreten.

Abg. Karsten nimmt den (oben mitgetheilten) Abänderungsvorschlag wieder auf, den er bereits in der Commission gemacht hat (Schuß der Minister durch den Präsidenten des Hauses gegen persönliche Beleidigung). Das Ministerium gebe in seinem Schreiben von der unrichtigen Voraussetzung aus, daß der beregte Vorschlag die Beanpruchung einer Disciplinargewalt des Präsidenten über die Mitglieder des Staatsministeriums enthalten habe. Diese Disciplinargewalt liegt nicht in dem Umfange vorhanden, daß ein Minister wegen ungebührlicher Aeußerungen das Wort entzogen werden könne, dagegen schütze sie die Verfassung. Das Recht, einen Minister zu unterbrechen, besitze dagegen der Präsident unzweifelhaft und habe es bereits öfter geübt, namentlich auch dem Kriegsminister gegenüber; die in dieser Beziehung in Commissionsberichten erwähnten Präcedenzfälle könnten leicht noch vermehrt werden. Neben führt noch einige Fälle an. Dann vertheidigt er sein Amendement, dessen Inhalt allerdings selbstverständlich sei, wie dies die Commission auch anerkannt habe, aber dem Ministerium doch zur Berichtigung gereiche.

Abg. Dr. Gneist: Er halte die Reichenspergers Vorschläge nicht der Lage der Sache entsprechend. Es handle sich um zwei verschiedene Rechte, die nur zufällig in einer Person vereinigt seien. Der Präsident habe zunächst das formelle Recht, die Debatte zu leiten. Das sei aber nur möglich, wenn er jeden Augenblick selbst das Wort nehmen könne. Aus dem Rechte, die Reihenfolge der Redner zu bestimmen, sich also selbst jederzeit das Wort zu geben, folge mithin auch das formelle Recht des Präsidenten jeden Redner, ob Abgeordneter, Minister oder Regierungscommissar, zu unterbrechen. Das sei aller Orten, wo es sich um Aufrechterhaltung parlamentarischer Ordnung handle, Präbitalrecht. Das zweite Recht des Präsidenten beziehe sich auf seine Befugniß, gegen den Inhalt einer Rede eine mißbilligende Censur auszusprechen, einen Ordnungsruf zu ertheilen. Das Recht dazu sei dem Präsidenten nach der Fassung der Geschäftsordnung gegen die Mitglieder des Hauses übertragen. Ob auch durch die Geschäftsordnung dem Präsidenten das Recht verliehen sei, diese Censur auch auf solche Personen anzuwenden, die nicht Mitglieder des Hauses sind, sei eine controverse Frage und mit Recht im vorigen Jahre nicht ausgetragen worden, wo sie zum erstenmale geltend gemacht worden sei. In dem Ernst und Drang der Umstände, in welchem man sich jetzt befinde, zieme es sich nicht, solche Frage ohne Noth zu erörtern. Der Fall liege aber jetzt gar nicht vor. Als das deutsche Reich zu Ende gegangen sei, da habe es auch seine Zeit mit Beratungen über kleinliche Präcedenzfälle verplirrt. Er müsse daher dem Commissionsbericht in seinem negativen Theil ein noch ganz besonderes Lob beifügen, daß dieser Punkt ganz weggelassen worden sei.

Was nun das Schreiben des Staatsministeriums betreffe, so enthält dasselbe eine Anzahl von Mißverständnissen und eine Reihe von Widersprüchen. Es stehe darin, daß der Präsident den Kriegsminister unter Berufung auf seine Disciplinargewalt unterbrochen habe. Das sei nicht der Fall gewesen. Auf Grund seines formellen Präbitalrechts, zu jeder Zeit zu einer Zwischenbemerkung das Wort zu nehmen, habe ihn der Präsident unterbrochen. Auch das sei nicht richtig, daß der Präsident „Umfang und Maß der Redefreiheit beschränkt“, er habe nur von seinem Recht Gebrauch machen wollen, mittelst einer Zwischenbemerkung sich deswegen zu rechtfertigen, daß er den Vorredner nicht zur Ordnung gerufen. Es habe also der Präsident keine Censur über die Rede des Ministers ausgesprochen, sondern nur von seinem formellen Präbitalrecht Gebrauch gemacht. Das Schreiben berufe sich ferner auf den Art. 60 der Verfassung für das Recht, zu jeder Zeit reden zu dürfen. In der Verfassung stehe aber nur, daß sie das Recht hätten, zu jeder Zeit gehört zu werden. Das bedeute aber in der gerichtlichen und in jeder Geschäftssprache nur, das Recht in der Ordnung des Geschäfts, hier also unter der parlamentarischen Leitung des Präsidenten zu reden. Ein absolutes Recht zum Reden können die Minister nicht haben, sonst könnten ja die Minister, auch ohne sich zum Wort gemeldet zu haben, dasselbe ergreifen, könnten jeden Redner, könnten die Abstimmung unterbrechen. Mit einem solchen absoluten Rechte wäre jede Geschäftsordnung unmöglich.

Dieser Sachlage entsprechend nun vollständig die Anträge der Commission. Sie enthielten eine einfache trodene und sachliche Constatirung der Sachlage dem Präsidenten gegenüber: mit dem Ministerium hätte das Haus es ja nicht zu thun, da dasselbe vom Präbitalrecht die Antwort erwarde. Für diese Antwort (welche in ihrer Form übrigens so höflich sein könne, wie nur irgend möglich) müsse das Haus dem Präbitalrecht eine Unterlage geben, die nirgend sonst in Zweifel gezogen werden könne, wo überhaupt parlamentarische Ordnung gehandhabt werde. (Bravo!)

Abg. v. Gottberg: Die Benachrichtigung von der Feststellung des Commissionsberichts sei dem Staatsministerium nicht rechtzeitig zugegangen. Die Staatsregierung hätte bei einer rechtzeitigen Benachrichtigung vielleicht an der Commissionsberatung doch theilgenommen. — Zur Sache selbst beziehe die Staatsregierung ja gar nicht das Recht des Präsidenten, die Minister überhaupt zu unterbrechen, sondern nur das Recht, die Disciplinargewalt zu unterbrechen. (Große Heiterkeit.) Dem Präsidenten liege trotz seiner Befugniß, die Verhandlungen zu leiten, auch das unzweifelhafte Recht zu, die einzelnen Redner zu unterbrechen. Die Disciplinargewalt des Präsidenten erstreckte sich dagegen selbst nach der Geschäftsordnung nur auf die Mitglieder dieses Hauses. Der einschlagende § 60 der Geschäftsordnung brauche ausdrücklich die Worte „Mitglieder des Hauses“. In seiner Rede unterbrochen zu werden, und zwar wegen des Inhalts der Rede selbst, sei sehr unangenehm und enthalte eine Art Kränze, deren unangenehmen Charakter er selbst oft erfahren habe. (Heiterkeit.) Ueber die Art von Kränze allein habe sich das Staatsministerium beklagt. Die Unterbrechung des Kriegsministers sei eine unbedeutende Geringfügigkeit, weil der Präsident hierzu nur berechtigt gewesen, um auf den Gegenstand der Verhandlung zurückzuweisen, oder um auf einen unparlamentarischen Ausdruck aufmerksam zu machen, sie sei ferner unbedeutend gewesen, weil die Unterbrechung nicht zugleich eine Kränze enthalte. Unbedeutend sei jedoch das Schwingen der Glode des Präsidenten gewesen, (Heiterkeit), womit dem Kriegsminister Schweigen hätte auferlegt werden sollen. Die Glode dürfe nur gegen allgemeine Unruhe, nicht gegen ein einzelnes Mitglied angewendet werden, gewaltsamere Weise dürfe Niemand zum Schweigen gezwungen werden. (Heiterkeit.) Eine weitere Ueberschreitung seiner Befugnisse sei es gewesen, wenn der Präsident sein Haupt bedeckt habe: dieser Act enthalte die allerhöchste Disciplin. (Heiterkeit.) Es sei keine solche Unruhe gewesen, daß der Präsident nicht hätte anders zum Worte gelangen können. Bei seiner Rede sei oft viel größere Unruhe gewesen. (Große Heiterkeit.)

Das Bedenken des Hauses habe dem Kriegsminister das Wort entzogen, und sei allein gegen den Kriegsminister gerichtet gewesen, wie der Beifall der Linken dieses Hauses und das Klatschen auf den Tribünen dargebe, welches der Präsident hätte unterlassen müssen (Unruhe). Wenn die Commission von diesem Standpunkte aus ihre Beschlüsse gefaßt hätte, so würde Neben denselben beigetragen sein: es sei keine Beeinträchtigung der Ehre dieses Hauses, sein Unrecht anzuerkennen. Er hätte beabsichtigt, einen Aenderungsantrag zu den Commissionsanträgen zu stellen, habe es aber unterlassen, weil er sich keinen Erfolg habe versprechen können. Dieser Aenderungsantrag würde ausgesprochen haben: 1) der Präsident hat keine Disciplinargewalt über Minister, die nicht Mitglieder dieses Hauses sind; 2) Er hat dagegen die Befugniß, auch die Minister in ihren Reden zu unterbrechen; 3) diese Befugniß enthält keine Beeinträchtigung des Rechtes der Minister, jederzeit zum Wort zu gelangen; 4) das Haus der Abgeordneten glaube durch diesen Beschluß dem vom Ministerium gestellten Verlangen entgegen zu haben und erwerbe, daß die Staatsregierung den Verhandlungen dieses Hauses wieder beizutreten werde. (Bravo!) — Abgeordn. Dr. Roth (Vorsitzender der Geschäftsordnungscommission) berichtet einige thatsächliche Unrichtigkeiten in der Rede des Abg. v. Gottberg. — Abgeordneter Karsten giebt mit Bezug auf die Ausführungen des Abg. Gneist sein Amendement zurück (Beifall). — Abg. Dr. Birchow: Er habe nicht ohne Verirrdigung aus der Schlussbemerkung des Abg. v. Gottberg vernommen, daß auch ihm die Ehre des Hauses am Herzen liege. Er hätte die Sache deshalb auch objectiver auffassen sollen. Der Redner habe gefunden, daß die Unruhe im Hause gar nicht so groß gewesen, als die Zeitungen berichteten; der Herr Kriegsminister müsse eine andere Auffassung davon gehabt haben, denn er sagte: „350 Stimmen seien lauter, als eine einzige“, wobei er allerdings angenommen haben müsse, daß auch der Abg. v. Gottberg mitgerufen habe. (Große Heiterkeit.)

Er müsse in Ermüdung ziehen, daß der Conflict nur wegen der Unterbrechung entstanden sei, das Hineinziehen der Disciplinarfrage sei ganz ungehörig. Er hätte gewünscht, daß die Debatte den ruhigen und mäßigen Gang genommen hätte, den die Commission vorgeschlagen habe. Es würde allerdings gut sein, wenn die Frage einmal ganz zum Austrag gebracht würde, aber er glaube, daß der Zeitpunkt gegenwärtig dazu nicht geeignet sei. Das Amendement Reichenspergers erledige die Frage auch noch nicht ganz. Man könnte dem Präsidenten das Recht bestreiten, die Minister mit Nennung des Namens zur Ordnung zu rufen, aber das Recht überhaupt könne ihm nicht bestritten werden und es sei auch gegen den Ministerpräsidenten v. Manteuffel ohne Widerspruch ausgesprochen worden. — Er theile die Ansicht des Abg. Gneist, daß es außer der Disciplinar- und Polizeigewalt noch ein Präbitalrecht gebe, welches der Präsident einer jeden Versammlung habe; wo keine Geschäftsordnung bestehe, nämlich das Recht, zur richtigen Leitung der Debatte zu jeder Zeit das Wort nehmen zu können. Der Redner weist nach, welche Rechte König Friedrich Wilhelm IV. dem Landtagsmarschall zu dem vereinigten Landtage durch ein von ihm selbst erlassenes Reglement beigelegt habe. Das Abgeordnetenhaus als berechtigter Factor der Gesetzgebung, sei doch etwas Höheres, als der vereinigte Landtag, und so müsse auch der Präsident des Hauses eine höhere Stellung haben, als der Landtagsmarschall. Das Recht des Präsidenten müsse unter allen Umständen gewahrt werden und daraus ergebe sich auch die Verthigung, einen Minister zur Ordnung zu rufen. Er ersuche jedoch das Haus, auf diese Frage nicht einzugehen, da sie mit dem vorliegenden Falle gar nicht zusammenhänge. Das Staatsministerium sei in einem so offenkundigen Unrecht, es sei im Widerspruch mit seinen ersten verfassungsmäßigen Pflichten, daß man sehr unrecht thun würde, wenn man auf die Sache noch weiter als nöthig eingehen wollte. (Sehr richtig.) Der Antrag Reichensperger sei eine Art von Unterstützung der Regierung. (Sehr richtig.) Man komme dabei auf ein Gebiet, wo die sonnenhelle Klarheit, welche die Sache gegenwärtig habe, etwas verblüht werde. Er bitte die Herren, sich daran zu erinnern, daß sie Mitglieder der Landesvertretung seien und daran festhalten möchten, daß jedes Abweichen von dem klaren Gange, welchen die Commission vorgeschlagen habe, vermieden werde. Auf dem Boden der Commissionsvorschläge komme das Haus zu einer großen und wichtigen Majorität, mit den Amendements werde man nur kleine Majoritäten erreichen, welche die Minister stärken, das Haus aber schwächen. (Beifall.)

Abg. Dr. Reichensperger (Bedum): Die Aufforderung des Referenten und des Vorredners zur Einstimmigkeit lasse ihn und seine Freunde gewissermaßen als Störenfriede erscheinen. Der englische Satz, wenn eine

Regierung keine Opposition habe, müsse sie sich eine taufen, gelte auch von großen Parteien: er wüßte sich deshalb, so wenig Dank für seine Opposition bei der Fortschrittspartei zu finden (Heiterkeit). Sein Antrag stimme im Ganzen und Großen mit dem Commissionsvorschlag, nur mit dem dritten Punkt könne er sich nicht einverstanden erklären, denn diese Verfassungsfrage gehöre nicht in die vorliegende Geschäftsordnungsfrage. — Neben motivirt sodann seinen Abänderungsvorschlag. Derselben seien die entgegengegesetzten Vorwürfe gemacht worden: er solle eine Frage in die Debatte ziehen, die nicht hineingehöre, und er solle das Ministerium stützen. Beides sei nicht seine Absicht gewesen; er bezwecke nur, eine Principienfrage zu entscheiden, und zwar diejenige, die zum Austrag zu bringen nach seiner Auffassung der einzige Zweck des Ministerialschreibens vom 11. Mai sei. Das Ministerium wolle feststellen wissen, daß es der Disciplinargewalt des Präsidenten nicht unterliege, dreimal komme der Ausdruck „Disciplin“ in dem Schreiben vor. Sein Antrag werde für die Zukunft eine Menge möglicher Zweifel beseitigen. Er sei an sich begründet, denn §§ 42 und 60 der Geschäftsordnung ergeben klar, daß die Minister der Disciplinargewalt des Präsidenten als Minister nicht unterliegen. — Veranlassung zur Entscheidung des Prinzips sehe er unter Anderem auch in dem Umstande, daß von vielen Mitgliedern bei dem hier fraglichen Vorfall „zur Ordnung“ gerufen worden, also der Ordnungsruf gegen einen Minister verlangt sei. Somit könne er der Ausführung Gneist's, es komme jetzt auf diese Frage nicht an, nicht beipflichten. Es handle sich vielmehr um die notwendige Feststellung der Rechte coordinirter Gewalten. Die Sache liege insofern ähnlich dem Verhältnis der (rheinischen) Gerichte zur Staatsanwaltschaft; auch dort sei gegen ein Mitglied der Staatsanwaltschaft eine Kränze als Disciplinar-Maßregel unzulässig; solche sei wohl zu scheiden von Unterbrechungen oder Bemerkungen im Allgemeinen. — Neben kommt nochmals darauf zurück, daß der Moment zum Aussprechen des von ihm beantragten Satzes opportun sei. Dazu komme, daß man damit dem Ministerium jeden Vorwand nehme, auf seinem Standpunkt zu beharren: mehr könne es nicht verlangen, als die ausdrückliche Anerkennung, daß der Ordnungsruf nicht zulässig sei. — Angenehm werde und solle die Annahme seines Amendements der Regierung nicht sein; aber Jedem sein Recht, dem Hause und der Regierung!

Der Schluß wird wiederholt beantragt und abgelehnt.

Abg. Schulze (Berlin): Meine Herren, der thatsächliche Vorfall, der zu dieser Verhandlung Veranlassung giebt, ist in dem Commissions-Bericht schon klar festgestellt. Unter Präsident hat durch sein Verhalten nicht allein das Recht seiner hohen Stellung gewahrt, sondern auch eine Pflicht erfüllt. Der Kriegsminister griff, indem er eine Kränze gegen den Abg. v. Seydel aussprach, in die Rechte des Präsidenten ein, und letzterer hätte seine Pflicht verletzt, wenn er diesen Eingriff nicht zurückgewiesen hätte. Wer in dieses Haus eintritt, muß sich der Ordnung desselben fügen. Die Frage, ob der Präsident den Ministern gegenüber eine wirkliche Disciplinargewalt habe, würde vermuthlich von der Majorität im bejahenden Sinne entschieden werden, in dessen könne hierüber ein Zweifel obwalten, und man thut daher gut, dieselbe jetzt nicht zu berühren. Der Fall, den diese Frage hervorrief, ist noch gar nicht eingetreten; wir wollen weder das Ministerium soulagieren in seinem Streben, die vorliegende Streitfrage zu verrücken, noch wollen wir freiwillig ein selbst zweifelhaftes Recht ausgeben. Ueber alle Zweifel steht aber das Recht des Präsidenten, bei eintretender Störung nöthigenfalls durch Bedeckung des Kopfes die Sitzung zu vertagen. Von diesem Rechte mußte er Gebrauch machen, da der Kriegsminister bei der größeren physischen Kraft seiner Lungen ihn — um mich parlamentarisch auszudrücken — „überredete“. (Große Heiterkeit.) Wünschenswerth ist es, daß wir das Ministerium jetzt zu den Sitzungen einladen. Nur der wahr seine Würde, der auf seinem vollen Recht besteht. Wir müssen das Ministerium einladen, den Sitzungen beizuwohnen. Es hat wahrlich Senation genug gemacht, daß das Haus auf die Aeußerung des Ministers, er habe hinter den Thüren den Verhandlungen desselben zugehört, nicht einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat. Es tritt hier dasselbe Verhältnis, von dem Budgetrecht, bei allen wichtigen Fragen ein, daß das Ministerium aus der Verfassung für sich nur Rechte, keine Pflichten herleitet. Zeigen wir bei dieser Gelegenheit, daß die wahre Stärke des Ministeriums in der Achtung vor Recht und Gesetz liegt. Zeigen wir den Herren drüben, daß Recht und Gesetz an der Barre des Ministeriums nicht ihre Schranken finden, sondern darüber hinreichen. Wahren wir die Rechte des Landes ihnen gegenüber! (Lebhafter Bravo.)

Der Schluß der Discussion wird nochmals beantragt und abgelehnt.

Graf Bethow-Suc (unter lebhafter Unruhe des Hauses und daher sehr verständlich): Die Commission habe eine Antwort auf das Ministerialschreiben entworfen und hätte daher nicht einzelne Punkte ignoriren dürfen! Es hätte dem Ministerium gegenüber constatirt werden müssen, daß sein Schreiben auf Mißverständnissen beruhe. Die Vermuthung einer von dem Präsidenten beanspruchten Disciplinargewalt seitens des Ministeriums nach dem Hergang des Vorfalls wohl gerechtfertigt gewesen. Es sei daher notwendig, die Grenzen der Disciplinargewalt des Präsidenten festzusetzen und deshalb erklärt der Redner sich schließlich für das Amendement des Abg. Reichensperger.

Abg. Graf Schwerin (Während derselbe die Tribüne besteigt, machen die Privatgespräche, die die Worte des vorigen Redners überdünnt haben, einen tiefen Schweigen Platz.): Zu meinem Bedauern muß ich mit einer verächtlichen Verwahrung beginnen. Der Abg. Birchow hat gesagt, das Gefühl für die Ehre und Würde des Hauses gewinne jetzt im Hause einen lebhafteren Boden als früher. Ich bin seit längerer Zeit Volksvertreter und habe lange Zeit hindurch die Pflicht gehabt, die Ehre und Würde des Hauses nach außen hin zu wahren. Ich kann versichern, daß es nicht des Eintritts des Abgeordneten für Saarbrücken in das Haus bedurft hat, um dasselbe zur Wahrung seiner Würde zu veranlassen (Bravo rechts). Freilich haben wir hierzu hin und wieder andere Schritte für geeignet gehalten, als dies von jener (der linken) Seite geschieht. — Ich stimme für die Commissionsanträge, stimme mit tiefem Bedauern dafür, mit dem tiefsten Bedauern, daß wir überhaupt genöthigt sind, über Fragen dieser Art jetzt abzustimmen. In einem Augenblick, wo der tiefste Conflict durch unser Land geht, wo ganz Europa mit Spannung auf die Lösung dieses Conflictes blickt, wo, wie Sie (auf der Linken) behaupten und wir leider nicht beistimmen können, der äußere Feind an die Thore klopf, da wir die Regierung eine Frage auf deren Verantwortung, wie sie auch ausfallen möge, ihr nur neue Verlegenheiten bereiten kann (Bravo). Wir alle, soweit im Uebrigen unsere Ansichten auseinandergehen, sind darüber einverstanden, daß der Conflict gelöst werden muß, wenn nicht unsere höchsten Güter gefährdet werden sollen. Unter diesen Umständen hätte ich gewünscht, daß diese ganze Frage kürzester Hand, wenn möglich durch Annahme der Commissionsanträge ohne Discussion erledigt worden wäre (Sehr wahr).

Ich stimme für die Commissionsvorschläge, weil dieselben nach meiner Ansicht Sätze aussprechen, deren Wahrheit in diesem Hause Niemand bestreiten kann. Der Präsident ist bei dem in Rede stehenden Vorfall formell in seinem Recht gewesen, und darum handelt es sich jetzt allein. Soll ich meine aufrichtige Meinung Ihnen sagen, so schen mir die Veranlassung, die den Conflict herbeiführte, eben so wenig gut gewählt, als ich die Form billigen kann, in welcher der Präsident dem Kriegsminister gegenüber trat. Der Kriegsminister hatte sich am Sonnabend so objectiv als möglich gehalten; er wurde darauf von einem Mitgliede in der heftigsten Weise persönlich angegriffen. Ihm, einem Manne, der seinem Könige 40 Jahre lang gedient hatte, wurde gesagt, es werde seine erste patriotische Handlung sein, wenn er sein Amt niederlege. Einige Erregung desselben ist daher gewiß verzeihlich gewesen; nichts desto weniger war er formell im Unrecht durch die Art, wie er dem Präsidenten gegenüber trat, und wenn die Regierung diese Gelegenheit benutzte, um dem Hause diese Frage vorzulegen, so kann sie keine andere Antwort erhalten, als die, welche die Commission Ihnen zu geben vorschlägt. Der Abg. Reichensperger hat eine Frage aufgeworfen, für die eine unmittelbare Veranlassung nicht vorhanden war, in Betreff derer ich Ihnen aber meine Ansicht nicht vorenthalten will. Ob der Präsident eine Disciplinargewalt über die Minister hat, ist, wie ich glaube, juridisch zweifelhaft, aber als Leiter einer Versammlung von Volksvertretern würde ich auf dieses Recht aus politischen Gründen nicht gern verzichten, und zwar im Interesse der Regierung selbst. (Lebhafter Zustimmung.) Es würde, wie ich glaube, die Ordnung in einer Versammlung nicht aufrecht zu erhalten sein, in der nicht das gleiche Recht für Alle gilt, in der ein Theil gegen die Angriffe des andern, schußlos wäre. (Wiederholte Zustimmung.) Eine Ent-

Scheidung dieser Frage ist aber jetzt nicht opportun, und wie ich glaube, der Regierung nicht nützlich. Durch Ablehnung des Antrags würde gewissermaßen ein Präjudiz statuiert, und ich will deswegen für meine Person nur konstatieren, daß ich mit „Nein“ nicht in dem Sinne stimmen werde, als wolle ich dadurch ein Urtheil über die Frage selbst, die ich für controvers halte, abgeben. Im dritten Punkte der Resolutionen hätte ich das Wort: „willkürlich“ gern vermieden gesehen, halte dasselbe aber materiell für unanständig. Ich bitte Sie um Annahme der Commissionsanträge. (Lebhaftes Bravo.)

Der Schluß der Debatte wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen: Abg. Gottberg: Der Abg. Birkow habe mit Unrecht ihn zu den 350 Abgeordneten gerechnet, die den Minister unterbrochen, er könne ja zu den zwei an der vollen Zahl 352 Fehlenden gehört haben (Heiterkeit). Abg. Dr. Gneist: Der Abg. Reichensperger habe ihn nicht verstanden. Er halte die Erörterung der Frage des Ordinariums für inopportun, da sie das Ministerium zu dem Vorwurf berechtigen könnte, das Haus hindere durch ohne Noth hineingeworfene Fragen die Erledigung der materiellen Geschäfte, einen Vorwurf, den er lieber auf die Gegner des Hauses übertragen wolle. Abg. Dr. Birkow: Er habe dem Abg. Graf Schwerin seines Wissens keine Gelegenheit gegeben zu den Aeußerungen, die er vorher gegen ihn gerichtet. Seine Aeußerungen, daß das Gefühl für Ehre und Würde des Hauses immer mehr Boden gewinne, habe sich nicht auf frühere Sessionen bezogen, namentlich nicht auf das Präsidium des Grafen Schwerin, vor dessen Verdiensten er persönlich seine Hochachtung mehrfach auszusprechen Gelegenheit gehabt, sondern auf die jüngsten Sessionen, in welchen es ihm erschienen, als wenn die conservative Partei nicht immer von dem gebrüderlichen Gefühl für die Würde und Ehre des Hauses befeuert gewesen sei. (Es scheint ihm auch hierin ein besserer Boden gewonnen zu sein. (Unruhe unter den Conserv.) Abg. v. Sybel: Er würde bei dieser Gelegenheit nicht das Wort ergreifen haben, wenn nicht seine neuliche Aeußerung über den Kriegsmilitär aus seitens eines so hochgeachteten Mannes, wie des Grafen Schwerin, zu Mißverständnissen geführt hätte. Es sei ihm nicht eingefallen, ein Urtheil über den persönlichen Charakter des Kriegsmilitärs zu fällen, sondern lediglich ein politisches über das Verhalten des Herrn v. Moos als Minister. Da er in dieser Beziehung auch von anderer Seite nicht verstanden worden, so wolle er hiermit sein Bedauern über dieses Mißverständnis ausdrücklich erklären. (Bravo!) Graf Bethusy-Huc: Hätte er gehört, daß der Abg. Birkow bei einer früheren Gelegenheit der conservativen Partei das Gefühl für die Ehre und Würde des Hauses abgesprochen, so würde er den Schuß des Präsidiums dagegen anrufen haben, da er eine solche Beschuldigung eines Einzelnen einer Partei gegenüber nicht für gerechtfertigt halte. Präsident Grabow erinnert sich nicht, eine solche Bemerkung vom Abg. Birkow bei früherer Gelegenheit gehört zu haben, und bedauert, daß Derartige hier angestellt worden. Abg. Graf Schwerin dankt dem Abg. v. Sybel für die Interpretation, die er seinen Worten vom Dienstag gegeben, und freut sich, ihm zu derselben Gelegenheit gegeben zu haben. — Nach einigen Bemerkungen des Referenten Abg. Wachsmuth wird zur Abstimmung geschritten.

Zunächst wird das Amendement Reichensperger mit großer Majorität abgelehnt. Nur die Katholiken und die Feudalen stimmen dafür. Das Resultat der namentlichen Abstimmung über den Commissions-Antrag ist die Annahme des Antrages mit 295 gegen 20 Stimmen. Dagegen stimmen die Abgeordneten: Graf Bethusy-Huc, Plum, von Bonin (Stolz), von Denzin, Ewers, Fröning, v. Gottberg, v. Mallinckrodt, Dr. Wenzel, v. Nibelich, Graf Oppersdorff, Dietrich, v. Bühl, Plafmann, Rebaug, Reichensperger I. und II., Graf Renard. (Die Mitglieder der katholischen Fraktion, Abgeordneten: Rohden, Bender (Dipe) und Schulze (Vorles) stimmen gegen ihre Genossen und für die Commission. v. Bodum-Dolfs und v. Sybel enthalten sich der Abstimmung.)

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die Fortsetzung der Militär-Debatte, wird von der Tagesordnung entfernt.

Präsident Grabow erklärt, daß er mittelst eines mit dem Vicepräsidenten zu vereinbarenden Schreibens dem Staatsministerium Kenntniß von dem Beschlusse des Hauses geben wolle, und schlägt vor, um dem letzteren Zeit für seine etwaigen Beschlüsse in Bezug auf dies Schreiben zu lassen, die nächste Sitzung erst auf Montag neun Uhr anzusetzen; dazu solle das Präsidium die Minister einladen.

Abg. v. Jordan bedingt den Antrag: Das Haus wolle beschließen, die Theilnahme des Kriegsmilitärs zu der Fortsetzung der Militär-Debatte ausdrücklich zu verlangen. Verfassungsmäßig könnte nur das Haus die Gegenwart der Minister verlangen; ein Schreiben des Präsidenten könne den Kriegsmilitär nicht verpflichten, im Hause zu erscheinen.

Zweimal ist die wichtige Veranlassung, er wisse nicht, ob das Staatsministerium sich bereits klar gemacht habe, was geschehen solle; es sei von großem Interesse für das Haus und das Land, bestimmt zu wissen, ob in der Beratung dieses wichtigen Gegenstandes noch fortgefahren werde, oder nicht. — Abg. Dr. Gneist: Es müsse zuerst das Schreiben an das Ministerium erlassen und demselben Gelegenheit gegeben werden, darüber Bericht zu fassen. Erst in der nächsten Sitzung sei der Antrag des Abg. v. Jordan bedingt indig, wenn die Lage noch so sei, wie heute. Abg. Graf Schwerin schließt sich dieser Ansicht an der milderen an. — Abg. Schulze (Berlin): Das Ministerium habe bereits zu erkennen gegeben, es wolle nicht im Hause erscheinen; nur der von Jordan bedingte Vorbehalt aber führe zur definitiven Feststellung der Weigerung des Ministeriums, seiner verfassungsmäßigen Pflicht nachzukommen. Die Sache dürfe nicht weiter hingezogen werden. — Abg. v. Sennig (Strasbourg) bemerkt gegen Gneist, es handle sich nicht um Vertagung, und daß das Präsidium bei kein Anlaß zu einem Schreiben an das Ministerium; das Haus habe zu sprechen. Er sehe nicht ein, weshalb das Haus sich immer noch wieder verarmen sollte, um zu warten, ob es den Herren Ministern gefällig sei werde zu erscheinen. — Abg. v. Vinde (Stargard): Das Schreiben des Präsidiums sei nicht als Antwort auf das Ministerial-Schreiben vom 11. Mai. Die Meinung des Ministeriums stehe noch keineswegs fest, die Wirkung des heutigen Beschlusses müsse erst abgewartet werden. Dem geschlagenen Gegner habe man goldene Brüden zu bauen. (Aha zur Linken.) Möglicherweise bezweide man allerdings auf der andern Seite des Hauses, den bestehenden großen Conflict durch den gegenwärtigen Conflict noch zu schärfen, das sei aber seine Meinung nicht.

Abg. v. Bodum-Dolfs schließt sich dem Vorschlage des Präsidenten an, die Wirkung des heutigen Beschlusses sei abzuwarten. Abg. v. Jordan bedingt: Das Staatsministerium habe bis Montag Zeit genug zur Ueberlegung; das Haus sei mäßig genug in dieser Sache aufgetreten, jetzt müsse es endlich die entscheidende Aufforderung an das Ministerium aussprechen; es entspreche nicht der Würde des Hauses, sich event. zum drittenmale zu vertagen. Abg. Graf Schwerin: Der Präsident sei vollkommen berechtigt gewesen, das Schreiben allein zu erlassen. Es sei besser, zu milde, als zu scharf vorzugehen. Er theile übrigens nicht die Meinung Vinde's, daß es irgend Jemand im Hause darauf ankomme, den Conflict noch zu verschärfen. — Was die öffentliche Meinung, von der Schulze gesprochen, angehe, so dürfe sich eine Volksvertretung nicht von derselben treiben lassen. Abg. Dr. Loewe (Bodum): Die vorgeschlagenen Wege schlossen sich nicht aus. Der Präsident möge den Beschlusse des Hauses dem Ministerium mittheilen; das Haus müsse aber constatieren, ob dasselbe der Verfassung nachkommen wolle. Wenn in dieser Sache gekündigt worden, so sei es darin gegeben, daß das Haus zu sehr das Gemüth habe vorwalten lassen, statt die streng geschäftlichen Gesetze zu wahren.

Abg. Schulze (Berlin): Der Antrag des Abg. v. Jordan bedingt sei nur eine Folge des heutigen Beschlusses, er bedeute einfach die Executive desselben. Er und seine Freunde wollten den Conflict nicht verschärfen, dafür sorge schon das Ministerium. Wenn der Abg. v. Vinde meine, man müsse dem geschlagenen Feinde goldene Brüden bauen, so bemerke er dagegen, daß ja der Feind sich noch nicht für geschlagen erkläre. Wenn der Abg. Graf Schwerin sagt, man müsse sich von der öffentlichen Meinung nicht treiben lassen, so habe er sich allerdings nicht durch dieselbe von der Wahrung seiner Prinzipien abhalten lassen, aber er glaube doch, daß ein Kampf, wie der gegenwärtige, in constitutionellen Staaten nur mit Hilfe der öffentlichen Meinung durchgeführt werden könne. Das sei eben das Unglück der neuen Aera gewesen, daß sie sich auf den Volksschmelz gesetzt und nicht in Wechselwirkung mit der öffentlichen Meinung befunden habe. (Lebhaftes Bravo links.)

Abg. Karsten hält zunächst den Erlaß einer Aufforderung durch Mittheilung des heutigen Beschlusses an das Ministerium für nöthig. Er glaube, das Ministerium werde sich aus den heutigen Debatten überzeugen haben, daß es im Unrecht sei. Auf den einen Tag komme es im Falle der Verzögerung bei einer so wichtigen Sache nicht an. Wollte man ernsthaft an die Fortsetzung der Militärdebatte gehen, so sei die peremptorische Aufforderung an die Minister für die Montagssitzung nicht von Nothen. Abg. v. Batow: Er erkenne die große Ruhe und Würde des Hauses in dieser Angelegenheit an; weil er dies thue, wünsche er auch den Erfolg dieser Ruhe und Würde nicht zu schwächen, und da scheint ihm der Weg der einzig richtige zu sein, den der Präsident vorgeschlagen. Abg. Harfort ebenfalls für den Vorschlag des Präsidenten. — Abg. Graf Schwerin: Er richte seine Abstimmung nicht nach der öffentlichen Meinung, aber er lasse sich gern

von derselben tragen, soweit dieselbe seinen Prinzipien sich anschließe und dieselben stütze. Abg. Dr. Gneist: Das Ministerium habe eine Antwort erbeten und diese müsse den Ministern durch das Präsidium werden, damit ihnen die Möglichkeit, darüber Entschluß zu fassen, gegeben werde! Eine Schwäche könne er darin nicht erkennen, wenn man den Antrag Jordan bedingt bis zur nächsten Sitzung hinauschiebe.

Nachdem Abg. v. Jordan bedingt sich noch gegen den Vorwurf, als bezwecke sein Antrag, den schwebenden Conflict zu verschärfen, verwahrt hat, wird über diesen Antrag zur Abstimmung geschritten. Dieselbe bleibt zweifelhaft, die Zählung ergibt 167 für, 138 gegen den Antrag. Dafür stimmen die Polen, die Fortschrittspartei und mit dieser die Abgeordneten: Rohden, v. Carlowski, Richter, Behm, Nehmader und noch etwa 10 Mitglieder der Fraktion von Bodum-Dolfs, dagegen die Feudalen, die Katholiken und das linke Centrum mit Ausnahme der oben angeführten Mitglieder.

Schluß der Sitzung nach 2 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 9 Uhr; Tagesordnung: Militär-Debatte.

Berlin, 15. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Vermessungs-Revisor a. D., Rechnungsrath Stephan zu Halle a. d. S., den rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife, so wie dem Fuß-Gendarmen Kadzioch in der 5. Gendarmarie-Brigade, dem Wirtschaftsrath und Bade-Anstalts-Inspector Scholz zu Altwasser im Kreise Waldenburg, und dem Schullehrer, Organisten und Küfer Magdeburg zu Marienfließ im Kreise Saazig das allgemeine Ehrenkreuz, sowie dem Sanitätsrath Dr. Lieber in Berlin den Charakter als Geheimer Sanitätsrath zu verleihen.

[Se. k. h. der Prinz Friedrich Carl] von Preußen ist heute Früh von Wiesbaden auf Jagdschloß Glinde eingetroffen. (St.-A.)

K. C. Die heutige Debatte im Hause der Abgeordneten bat, wie auch der Abg. Graf Schwerin andeutete, nicht in der Absicht der Majorität gelegen; nur die Gegenseite zweier kleiner Minoritäten bewirkte eine Discussion. Dieselbe bot namentlich in der Beziehung Interesse, daß sich daraus deutlich ergab, wie ungewiss noch die bevorstehende Entscheidung des Staatsministeriums ist; offenbar haben eine Anzahl Abgeordnete auf der rechten Seite des Hauses noch die Hoffnung, daß das Ministerium sich in der Frage der parlamentarischen Ordnung dem Votum des Hauses fügen werde. In wiefern diese Hoffnung dem Ministerium zu parlamentarischen Ansichten unterliegt oder nicht, steht dahin. Etwas Bestimmtes ist in parlamentarischen Kreisen über die nächste Zukunft nicht bekannt.

Die Abstimmung über den Jordanbedingten Antrag, nunmehr auf Grund der Verfassung die Gegenwart der Minister ausdrücklich zu verlangen, war von großem Interesse, indem die Majorität für denselben durch ein Zusammenstimmen eines Theiles des linken Centrums und der deutschen Fortschrittspartei bewirkt wurde.

* [Constitutionen.] Die „National-“, die „Volkstz.“ und der „kleine Reactionär“ sind mit Beschlag belegt worden.

Frankreich.

* **Paris, 13. Mai.** [Tagesbericht.] Frankreich hat sich gewiegt, Petersburg als Ort der Konferenz anzunehmen; England aber macht ebenfalls Schwierigkeiten, indem es nur dann sich auf eine Konferenz einlassen will, wenn man für dieselbe die Verträge von 1815 als Norm nehmen wolle, wozu Frankreich durchaus keine Lust hat. — Alle Journale beschäftigen sich fast ausnahmslos mit den Wahlen. Das größere Publikum fängt an, Theil an denselben zu nehmen, und — wie es heißt — wollen die Bewohner der pariser Vorstädte darum einkommen, eine große Wahlversammlung abzuhalten. Dieses wird jedoch wahrscheinlich nicht gestattet werden. Nach dem „Temps“ hat Herr Thiers die Candidatur in Valenciennes und Paris angenommen. Nach anderen will er aber gar nicht als Candidat auftreten, da er das allgemeine Stimmrecht nicht anerkenne. Die Mauer der Stadt fangen übrigens an, sich mit politischen Glaubensbekenntnissen zu bedecken. — Man widerlegt jetzt die Nachricht, daß der Herzog v. Malatow Arrest erhalten hat, indem man hinzufügt, daß der Kaiser ihn schriftlich beglückwünscht habe. „Wenn“, so soll der Kaiser ihm geschrieben haben, „ich Ihnen diesen Beweis meines Vertrauens gebe, ich geschähe dieses, weil man, ich weiß nicht, warum, hier das Gerücht verbreitete, Sie seien in Ungnade gefallen.“ — Die Kaiserin ist formwährend unzufrieden.

Großbritannien.

London, 12. Mai. [Die polnische Frage.] Es bestätigt sich vollkommen, daß England die Absendung einer sehr scharfen Note nach Petersburg vorhabe. Die englische Regierung ist weit energischer, als man nach den Aeußerungen, die im Parlament verlauten, vermuthen sollte. Drouyn de Lhuys hat an Baron Gros geschrieben, er sei ganz überrascht von den Dingen, welche Lord Cowley ihm zu hören gebe. Das österreichische Cabinet scheint sich sammeln zu wollen, und Fürst Metternich klagt in Paris, daß seine Absichten in Wien nicht genug gewürdigt werden. Daß Rußland am Ende thut, als sei es bereit, auf die Konferenz einzugehen, damit ist für die Sache nicht viel gethan. Erst wenn Oesterreich, England und Frankreich über die Grundlage ihrer auf der Konferenz zu befolgenden Politik sich geeinigt haben würden, hätte die russische Concession Bedeutung. (R. 3.)

Griechenland.

Athen, 9. Mai. In Folge wiederholter Gewaltthaten der griechischen Soldaten gegen fremde Unterthanen, namentlich brutaler Mißhandlung einer der hiesigen französischen Kunstreiter-Gesellschaft angehörigen österreichischen Unterthanin, richteten der französische und englische Gesandte ernste Noten an die Regierung. Letzterer drohte mit Entsendung, wenn nicht energische Maßregeln getroffen werden. Auch der österreichische Gesandte reichte eine Note ein. Die National-Versammlung beauftragte den Minister des Aeußern, ihr Bedauern auszudrücken, und wies die Regierung an, die Schuldigen rasch und streng zu strafen. Der hiesige Präcommandant verbot den Soldaten, sich nach Zapfenstreich in den Straßen zu zeigen. Die Patrouillen haben auf Ungehorsame zu feuern. Zehn von den Attentätern auf die Kunstreiter wurden bereits verhaftet. In Nauplia entstand ein Conflict zwischen der Garnison und der Gendarmarie.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 9. Mai. General Türr ist hier angekommen. Die Ausgaben des Sultans während der letzten Reise sollen nicht 100,000 Pfund überstiegen haben. Eine französische Note ladet die Pforte zur Cooperation zu Gunsten der Polen ein. Auch an den Schah von Persien soll eine ähnliche Note erlassen sein. In Aleppo wurde ein Meeting gehalten, um den Bau einer Eisenbahn von Alexandrette nach Aleppo und weiter über Bagdad nach Bassorah zu befürworten.

Rhodus, 5. Mai. In 22 Dörfern von den 44, welche die Insel zählt, sind von 2700 Häusern 2050 gänzlich zerstört. Die Erdererschütterungen dauern fort.

Alexandrien, 7. Mai. Eine ägyptische Dampfschiffahrt-Gesellschaft zur Verschiffung der türkischen Ufer des Mittelmeeres und der Küsten des rothen Meeres, mit 400,000 Pfd. St. Capital hat sich konstituiert. Die Regierung garantiert 6 Procent, der Vicekönig reservirt sich den vierten Theil der Aktien und tritt 8 Dampfer ab. Unter ähnlichen Begünstigungen hat sich eine Remorqueur-Gesellschaft auf dem Nil gebildet.

Aus Chartum wird unterm 2. April gemeldet: Nach Aussage des Dolmetsch Speke (?) soll der Nil aus einem See kommen, welcher etwas südlicher liegt als der Victoriasee, sehr groß sein soll, und von dem Reisenben umschifft wurde.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad in Pariser Linie, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 15. Mai 10 U. Morg.	332,60	+13,2	St. 1.	Heiter.
16. Mai 6 U. Abg.	332,44	+11,8	St. 0.	Heiter.

Breslau, 16. Mai. [Wasserstand.] D. A. 15 F. 6,8. U. A. 1 F. 7,8.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 15. Mai, Nachm. 3 Uhr. Die Geschäftstheile war auch an der heutigen Börse vorherrschend. Die Rente begann zu 69,65, fiel später auf 69,52 und schloß unbelebt zur Notiz. Consoles von Mittags 12 Uhr waren 92 1/2 eingetroffen. — Schluß-Course: 3proz. Rente 69,55. Ital. 3proz. Rente 72,25. Ital. neueste Anleihe 73,20. 3proz. Spanien —. 1proz. Spanien 47 1/2. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 496,25. Credit-mobilier-Aktien 1410, —. Lombardische Eisenbahn-Aktien 571,25.

London, 15. Mai, Nachm. 3 Uhr. Auktische Consoles 92 1/2. 1proz. Spanien 48. Mexikaner 36 1/2. 5proz. Rußen 94 1/2. Neue Rußen 93. Savinier 88. Hamburg 3 Monat 13 1/2. 7 1/2 Sch. Wien 11 1/2. 20 Kr.

Die Ueberlandspost ist gestern Abend in Marseille eingetroffen. Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Noten-Umlauf 20,637,610, der Metallvorrath 14,633,141 Pfd. St.

Wien, 15. Mai, Mitt. 12 Uhr 30 Min. 3proz. Rente 72 1/2. 4 1/2proz. Metall 68,75. 1854er Rente 95,50. Bank-Aktien 795, —. Nordbahn 173,80. National-Anleihe 20,90. Credit-Aktien 192,80. Staats-Eisenbahn-Aktien 571,25. — London 110,90. Hamburg 82,90. Paris 44, —. Silber —. Oester. Staats-Eisenbahn 259, —. Neue Rente 133,60. 1-60er Rente 98,75.

Frankfurt a. M., 15. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Die Börse eröffnete flau, schloß aber höher. — Böhmische Westbahn 72 1/2. Finnland-Anleihe 90 1/2. Schluß-Course: Ludwigsbahn-Verba 142 1/2. Wiener Wechsel 106 1/2. Darmstädter Bankaktien 238. Darmst. Fettebank 256. 3proz. Metall 67 1/2. 4 1/2proz. Metall 61 1/2. 1854er Rente 85 1/2. Oester. National-Anleihe 71 1/2. Oester. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 227. Oester. Bank-Antheile 850. Oester. Credit-Aktien 205. Neueste Oester. Anleihe 90 1/2. Oesterreich. Eisenbahn 133 1/2. Rhein-Nabe-Bahn 33 1/2. Mainz-Rhein-Bahn 128 1/2.

Hamburg, 15. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Mattere Haltung, geringes Geschäft. Finn. Anleihe 89 1/2. — Schluß-Course: National-Anleihe 72 1/2. Oester. Credit-Aktien 86 1/2. Vereinsbank 103 1/2. Norddeutsche Bank 106 1/2. Rheinische 101 1/2. Nordbahn 64 1/2. Disconto 2 1/2. Wien 84,38. Petersburg 31 1/2.

Hamburg, 15. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, ab auswärtig still. Roggen loco einiges Geschäft, geringe Sorten höher bezahlt; ab Olfsee fest, ab Danzig pr. Mai 74, pr. Sept.-Okt. 75 zu haben, 73 resp. 74 zu lassen. Del pr. Mai 32 1/2, pr. Okt. 29 1/2. Kaffee loco 4500, schwimmend 3000 Sac Santos verkauft.

Liverpool, 15. Mai. [Baumwolle.] 6000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert. Wochenumsatz 73,270 Ballen. Widdling Orleans 23 1/2, Upland 22, Surate 8 1/2 — 19 1/2.

London, 15. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen beschränkt, Hafer kaum beauftragt.

Amsterdam, 15. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen und Roggen ziemlich unverändert, wenig Geschäft. Raps October 75 1/2. Rüböl Herbst 43 1/2.

Berliner Börse vom 15. Mai 1863.

Fonds- und Geld-Course.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Freiw. Staats-Anl. 14 1/2	101 1/2 bz	Dividende pro 1861	1862 Zf.
Staats-Anl. von 1859	100 1/2 B	Aachen-Düsseld.	3 1/2 3 1/2 94 B.
dito 1850, 52,4	98 1/2 B	Aachen-Mastricht	0 1/2 3 1/2 35 1/2 bz.
dito 1854, 44	101 1/2 bz	Amsterd.-Rottd.	5 1/2 6 1/2 100 1/2 G.
dito 1855, 45	101 1/2 bz	Berg-Märkische	6 1/2 6 1/2 107 1/2 G.
dito 1856, 45	101 1/2 bz	Berlin-Anhalt.	8 1/2 8 1/2 148 1/2 bz.
dito 1857, 45	101 1/2 bz	Berlin-Hamburg	6 1/2 6 1/2 120 G.
dito 1859, 45	101 1/2 bz	Berlin-Potsd.-Mg.	11 1/2 11 1/2 179 bz.
dito 1863, 45	101 1/2 bz	Berlin-Stettin	7 1/2 7 1/2 137 1/2 bz.
Staats-Schuldscheine	98 1/2 G.	Böhm. Westb.	7 1/2 7 1/2 124 1/2 bz.
Präm.-Anl. v. 1855	128 bz	Breslau-Freib.	6 1/2 6 1/2 177 G.
Berliner Stadt-Ob.	101 1/2 bz	Coln-Minden	12 1/2 12 1/2 142 1/2 bz.
Kur.-u. Neumark.	91 1/2 B.	Cosel-Oderberg	0 1/2 0 1/2 64 1/2 B.
Pommersche	90 1/2 bz.	dito St.-Prior.	— 1/2 94 1/2 B.
Posenische	— — —	dito dito	— 1/2 99 1/2 bz.
dito	— — —	Ludwigsh.-Bexb.	8 1/2 8 1/2 142 B.
dito neue	96 1/2 G.	Magd.-Halberst.	22 1/2 25 1/2 289 1/2 bz.
Schlesische	94 1/2 G.	Magd.-Leipzig	17 1/2 17 1/2 — — —
Kur.-u. Neumark.	99 1/2 G.	Magd.-Wittenbg.	1 1/2 1 1/2 67 1/2 bz.
Pommersche	99 1/2 G.	Mainz-Ludwigsh.	7 1/2 7 1/2 127 bz.
Posenische	96 1/2 G.	Mecklenburger.	3 1/2 3 1/2 70 1/2 bz.
Russische	99 1/2 G.	Neisse-Brieger.	3 1/2 3 1/2 94 B.
Westph.-u. Rhein.	99 1/2 G.	Niedersch.-Märk.	4 1/2 4 1/2 98 B.
Sächsische	100 bz.	Niedersch. Zwegb.	1 1/2 1 1/2 67 1/2 bz.
Schlesische	99 1/2 G.	Nordf. Fr.-Wilh.	— 1/2 101 1/2 bz.
Louisdor 110 1/2	Oest.Bankn. 91 1/2 bz.	Oberschles.	7 1/2 7 1/2 160 1/2 bz.
Goldkronen 9 1/2 bz.	Pohl.Bankn. — — —	dito C.	10 1/2 10 1/2 160 1/2 bz.
Ausländische Fonds.		Oestr. Fr. St.-B.	6 1/2 6 1/2 129 1/2 B.
Oestr. Metalliques	5 69 G.	Oestr. südl. St.-B.	8 1/2 8 1/2 153 G.
dito Nat.-Anl.	5 73 1/2 bz u. B.	Oppeln-Tarn.	5 1/2 5 1/2 66 1/2 bz.
dito Lot.-A. v. 60	5 89 1/2 bz u. B.	Rheinische	5 1/2 5 1/2 102 1/2 bz.
dito 54er Pr.-Anl.	5 87 B.	dito Stamm-P.	5 1/2 5 1/2 107 1/2 bz.
dito Eisenb.	5 81 B.	Rhein-Nahebahn	5 1/2 5 1/2 32 bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5 92 1/2 bz u. B.	Rhr.-Grf. K. Gldb.	3 1/2 3 1/2 97 1/2 B.
dito 4 1/2 % Anl.	4 91 1/2 G.	Stargard-Posen	4 1/2 4 1/2 108 1/2 bz.
dito Poln. Sch.-Ob.	4 80 1/2 bz.	Thüringer	6 1/2 6 1/2 125 1/2 bz.
Poin. Präm. — — —	— — —	Bank- und Industrie-Papere.	
dito III. Em.	4 90 1/2 bz u. B.	Preuss. Bank-A.	4 1/2 4 1/2 127 1/2 B.
Poin. Obl. à 500 Fl.	4 91 1/2 B.	Berl. Kassen-Ver.	5 1/2 5 1/2 174 G.
dito à 300 Fl.	5 92 1/2 G.	Daniger. Bank	5 1/2 5 1/2 104 1/2 bz.
dito à 200 Fl.	— 23 1/2 G.	Königsberger	5 1/2 5 1/2 101 1/2 B.
Kurhess. 40 Thlr.	— 38 G.	Posener	5 1/2 5 1/2 97 B.
Baden. 35 Fl. Loose.	— 31 1/2 G.	Magdeburger	4 1/2 4 1/2 92 1/2 B.
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.		Braunschweiger	4 1/2 4 1/2 75 1/2 bz.
Berg-Märkische	4 1/2 101 H.	Weimar	4 1/2 4 1/2 91 1/2 bz.
dito II.	4 1/2 100 1/2 G.	Gothaer	4 1/2 4 1/2 92 1/2 B.
dito IV.	4 1/2 100 1/2 G.	Geraer	5 1/2 5 1/2 98 1/2 B.
dito III. v. St. 3 1/2 %	3 1/2 83 1/2 B.	Thüringer	2 1/2 2 1/2 69 B.
Coln-Minden	4 1/2 101 G.	Hamb. Nordb.	5 1/2 5 1/2 105 B.
dito II.	5 104 bz.	Verkehrs-B.	5 1/2 5 1/2 103 1/2 G.
dito III.	4 97 1/2 bz.	Hannoversche	4 1/2 4 1/2 99 1/2 G.
dito IV.	4 94 1/2 B.	Bremer	5 1/2 5 1/2 105 1/2 G.
dito V.	4 93 bz.	Luxemburger	10 10 105 1/2 H.
Cos. Oderb. (Wilh.)	4 92 1/2 bz.	Darmst. Zettelh.	8 1/2 8 1/2 102 G.
Niedersch.-Märk.	4 98 1/2 bz.	Darmst. Credit-A.	5 6 1/2 94 1/2 bz.
dito conv.	4 98 bz.	Leipz. Credit-A.	3 — — 89 1/2 G.
dito III.	4 — — —	Meiningen	6 7 4 97 1/2 bz.
dito IV.	4 101 1/2 bz.	Coburger	3 8 4 95 G.
Niedersch. Zwegb.	— — —	Dessauer	0 0 4 84 bz.
Lit. C.	5 100 1/2 bz.	Oesterreich.	7 1/2 8 1/2 88 1/2 bz.
Oberschles.	4 — — —	Genfer	2 — — 57 1/2 bz u. B.
dito B.	3 88 B.	Moldauer Lds.-B.	1 1/2 2 1/2 36 G.
dito C. u. D.	— — —	Disc.-Com.-Ant.	6 — — 101 1/2 bz.
dito E.	3 1/2 — — —	Berl. Hand.-Ges.	5 — — 101 1/2 H.
dito F.	3 1/2 — — —	Schl. Bank-Ver.	6 — — 101 1/2 B.
Oest.-Franz.	3 279 1/2 bz u. B.	Minerva	0 — — 35 1/2 etw. bz.
Oest. südl. St.-B.	3 264 1/2 bz u. B.	Fbr.v. Eisenb. ddi.	5 1/2 — — 104 1/2 bz.
Rhein. v. St. gar.	4 101 1/2 bz.		
Rhein-Nahe-B. gar.	4 100 1/2 bz.		

Breslau, 16. Mai. Wind: West. Wetter: schön. Thermometer Früh 12° Wärme. Der Geschäftverkehr war am heutigen Markte still, die Preise waren ohne Veränderung, die Stimmung zeigte sich im Allgemeinen ohne Anregung.

Weizen still; pr. 85 Pfd. weißer 63 — 77 Sgr., gelber 63 — 74 Sgr., feinste Sorten über Notiz bez. — Roggen eher ruhiger; pr. 84 Pfd. 48 — 52 Sgr., feinsten bis 53 Sgr. — Gerste ruhig; pr. 70 Pfd. weiße 39 — 40 Sgr., gelbe 35 — 38 Sgr. — Hafer matt; pr. 50 Pfd. schlechter 26 — 27 1/2 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen ohne Frage. — Delisaaten ohne Angebot. — Schlagslein schwach gefragt. — Rapstuden vernachlässigt; 48 — 51 Sgr. pr. Ctr. — Futter-Lupinen 40 — 45 Sgr. Saat-Lupinen 50 — 52 Sgr.

Saatküpfeln 50—52 Sgr.			
	Sgr. pr. Schf.		Sgr. pr. Schf.
Weißer Weizen	65—73—78	Widen	32—38—42
Gelber Weizen	63—69—75	Sgr. pr. Sad à 150 Pfd. Brutto	— — —
Roggen	48—50—53	Schlag-Reinfaat	180—190—200
Gerste	34—37—41	Winter-Flaps	— — —
Hafer	25—27—29	Winter-Rüben	— — —
Erbsen	43—48—52	Sommer-Rüben	— — —
Kartoffeln pr. Sad à 150 Pfd. netto		18—22 Sgr.	